



Interviews

Datum: 08. Dezember 2024

Nadine Lindner im Gespräch mit Alice Weidel, Kanzlerkandidatin der AfD, Ko-Vorsitzende der AfD (-Bundestagsfraktion)

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Lindner: Das Interview der Woche, im Hauptstadtstudio begrüße ich dazu Alice Weidel, Ko-Parteivorsitzende und Ko-Fraktionsvorsitzende der AfD. Frau Weidel, herzlich willkommen.

Weidel: Vielen herzlichen Dank, guten Morgen, Frau Lindner.

Lindner: Frau Weidel, wir zeichnen dieses Gespräch am Samstagvormittag auf. Sie werden gleich weiterfahren zur Sitzung des AfD-Bundesvorstandes, und der wird Sie zur Kanzlerkandidatin Ihrer Partei machen. Der Parteitag im Januar wird dann noch einmal darüber beschließen. Das ist in der elfjährigen, fast zwölfjährigen Geschichte der Partei eine neue Entwicklung. Warum setzen Sie auf diese Form?

Weidel: Wir glauben, dass die AfD einen Regierungsanspruch hat, da sie zweitstärkste Kraft ist und sich dort auch sehr solide hält. Das sehen Sie in den Umfragen, und dementsprechend haben wir uns als Partei entschieden, eine Kanzlerkandidatin, also mich, aufzustellen. Der Prozess ist der folgende, dass ich, wie Sie schon richtig gesagt haben, gleich nominiert werde vom Bundesvorstand, dann von den Landessprechern, und entscheiden tut das aber der Bundesparteitag Mitte Januar.

Lindner: Sie haben es angedeutet, die AfD liegt derzeit auf Platz 2, je nach Umfrageinstitut sind es 17 bis 19 Prozent. Das ist, nüchtern betrachtet, sehr weit von einer Mehrheit entfernt, die Sie bräuchten, um zu regieren, um auch diesen Regierungsanspruch einlösen zu wollen. Das heißt, relativ simpel und pragmatisch gesprochen, Sie brauchen einen Koalitionspartner. Ist das denn die CDU unter Friedrich Merz? Könnten Sie sich vorstellen, da als Juniorpartner einzutreten?

Weidel: Nun, also die CDU hat sich ja entschieden, unter Friedrich Merz eine Blockadehaltung zu kultivieren gegenüber der Alternative für Deutschland. Das haben wir gesehen jetzt nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland, dass diese instabile Verhältnisse zeitigt, wenn man nur mit Wahlverlierern koalitiert und den Wählerwillen ignoriert. Der Wählerwille ist hier sehr klar, dass man eine große Koalition zwischen AfD und CDU möchte. Nun müssen wir mit den Realitäten umgehen. Die Realität ist tatsächlich so, dass Herr Merz sich ausgesprochen hat,

Deutschlandfunk
Ein Programm von Deutschlandradio
Raderberggürtel 40
50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

sich Habeck als Wirtschaftsminister vorstellen zu können. Also da muss auch einfach einmal daran erinnert werden, dass Deutschland in der schwersten Krise steckt, in der wir je gewesen sind, und das natürlich hausgemacht ist. Wir haben seit 20 Jahren Politik unter einer GroKo oder einer Ampel.

Lindner: Es gab noch eine schwarz-gelbe Bundesregierung dazwischen. Die sollte man nicht vergessen.

Weidel: Dazwischen noch, genau, richtig, dass wir das nicht vergessen, aber trotzdem, CDU und FDP, also CDU und Ampelparteien, die war ja mit dabei. Und diese Politik, die dort praktiziert wurde, ist natürlich eine Politik gegen das eigene Land gewesen.

Lindner: Wenn Sie auf Ihre eigene Partei noch einmal zurückschauen, Sie haben die Schwierigkeiten beschrieben, die die AfD hat, Partner, Partnerinnen für die politischen Ziele zu finden. Wenn Sie diesen Machtanspruch und auch diesen Regierungsanspruch am Ende nicht einlösen, ist doch die Gefahr groß, dass Ihre Kanzlerkandidatur für die nächsten Wochen reine Symbolik, man könnte auch sagen, einfach reine PR bleibt, um die AfD in den Schlagzeilen zu halten.

Weidel: Ich stelle mich sehr gerne in den Dienst unserer Partei, und dazu ist anzumerken, wenn wir einfach einmal bei den Fakten bleiben, dass die AfD vor den Grünen und vor der SPD liegt.

Lindner: Das sind die Zahlen jetzt. Wie der Wähler oder die Wählerinnen Ende Februar entscheiden, das wird sich noch zeigen.

Weidel: Richtig, da haben Sie auch völlig recht. Das wird letztendlich der Wähler entscheiden, wie die AfD abschneiden wird und wo wir zum Liegen kommen. Fakt ist, dass wir solide zweitstärkste Kraft sind, und ich glaube, genau umgekehrt, dass sich die CDU mit ihrer Blockadehaltung, Millionen von Wählern auszugrenzen, in eine Sackgasse bewegt hat, denn die CDU macht größtenteils mit AfD-Position Politik, wird sie aber mit den linken Mehrheiten von Grünen und SPD überhaupt gar nicht umsetzen können. Und das wird der Wähler langfristig verstehen und wird von der CDU auf die AfD springen.

Lindner: Das, was Sie da im Moment beschreiben, das ist eine interessante strategische Beschreibung der Lage Ihrer Mitbewerber und Mitbewerberinnen. Es gibt innerhalb der AfD genau Überlegungen, die CDU zu betrachten und auch den Versuch, die CDU in eine Zangenbewegung zu nehmen, was Sie gerade auch relativ eindeutig beschrieben haben. Da geht es zum einen, die CDU als Hauptkonkurrent, auch als Hauptverursacher von Krisen darzustellen. Auf der anderen Seite möchte man mit einer zweiten Bewegung Gemeinsamkeiten in der Programmatik betonen, um dann potenzielle Koalitionsfähigkeiten, auch der AfD, vielleicht dann am Ende

noch zu betonen. Die Frage, die sich da anstellt, muss sich nicht auch die AfD am Ende verändern? Wie weit würden Sie gehen für eine mögliche Koalitionsfähigkeit?

Weidel: Koalitionen basieren auf Kompromissen, die man schließt, und wir haben bereits unser 100-Tage-Programm, also ein Programm unter Regierungsbeteiligung der AfD, vorgestellt, und das sind Positionen, die teilweise die CDU mit übernommen hat. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel, die Abschaffung des Heizungsgesetzes. Wir als AfD, wir fordern grundsätzlich Technologieoffenheit. Das heißt, die Abschaffung des Heizungsgesetzes, also die Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizung als auch die Aufhebung des Verbrennermotor-Verbot, und das könnte die CDU ganz einfach mit uns machen. Wir haben die Mehrheiten, und letztendlich wird die CDU das mit Grün oder mit der SPD nicht machen können.-Der Wähler möchte diese Veränderung. Der Wähler möchte auch die Wiedereinführung der Kernkraft. Der Wähler möchte zu einer bezahlbaren Energieversorgung, von der wir uns, angefangen mit der Angela Merkel-CDU, jetzt unter der Ampel, verabschiedet haben. Und das ist das, was der Wähler und was auch die Unternehmen wollen, denn wir haben die höchsten Insolvenzzraten seit 20 Jahren in diesem Land. Die Unternehmen gehen entweder ins Ausland oder sie gehen pleite, weil die Energiepreise zu hoch sind. Und das ist Ausfluss aus dem EEG, und dementsprechend sagen wir auch ganz klar, das EEG abzuwickeln.

Lindner: Sie haben eben schon einige Punkte benannt dessen, was Sie als Zukunftsplan für Deutschland bezeichnen. Sie haben ihn im Bundestag vorgestellt. Es findet sich auch wieder im Leitantrag für den Bundesparteitag im Januar. Frau Weidel, wenn wir auf die ökonomische Situation in Deutschland schauen, ist die Situation schwierig, die Lage ist schlecht, die OECD hat es gerade in dieser Woche noch einmal benannt, dass sich Deutschland unter den Industriestaaten so schlecht wirtschaftlich im Wachstum entwickeln wird wie kein anderer Staat. Nennen Sie noch einmal die zwei Punkte, die Sie als Erstes umsetzen würden, um dort für mehr Dynamik zu sorgen. Es ist ja durchaus möglich, dass wir es mit einem ausgewachsenen Wirtschaftswahlkampf in den nächsten Wochen bis zum 23. Februar zu tun haben. Die Wählerinnen und Wähler wollen ja wissen, wo sind sie eigentlich bei Ihnen dran.

Weidel: Die Situationsbeschreibung ist richtig. Wir sind in der schwersten Wirtschaftskrise, und die Gründe sind mannigfaltig. Insgesamt ist zu konstatieren, dass der wirtschaftspolitische Ordnungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr stimmt. Das fängt an bei der Energieversorgung, ich habe es gerade angesprochen. Wir müssen hin zu tragfähigen Lösungen, die ich beschrieben habe, aber wir sind auch mit den Steuern und Abgaben viel zu hoch. Das heißt, wir müssen mit den Unternehmenssteuern runter. Wir müssen auf ein international konkurrenzfähiges Niveau. Wir müssen mit den Einkommensteuern runter, und da gehört natürlich dazu, dass wir eine vernünftige Haushaltspolitik betreiben und das Geld und das schwer verdiente Steuergeld nicht einfach herauschenken. Und dort

gibt es sehr viele Einsparmöglichkeiten, die ich auch schon beschrieben habe, beispielsweise bei den Sozialleistungen für ausländische Staatsbürger, die nie in unser Sozialsystem eingezahlt haben, dass wir dort von Geld auf Sachleistung umstellen, sodass der soziale Haushalt dort nicht belastet ist, und das fängt auch präventiv an, endlich unsere Grenzen zu kontrollieren. Das kann man von heute auf morgen machen, wenn der politische Wille da wäre. Bei der AfD ist er da, endlich unsere Grenzen zu kontrollieren und illegale Einwanderer am Grenzübertritt zu hindern. Das würde viele Probleme per se verhindern.

Lindner: Lassen Sie uns doch beim Wirtschaftsthema bleiben, Frau Weidel. Es gibt eine ganze Reihe von Steuer- entweder -abschaffungen oder auch -erleichterungen, die Sie vorschlagen im Zukunftsplan bzw. dann auch im Entwurf für das Wahlprogramm. Grundsteuer gehört noch dazu, Erbschaftssteuer, Energiesteuern, Solidaritätszuschlag, CO₂-Bepreisung etc., etc. Es kommt dann noch oben drauf. Wenn man das alles zusammennimmt, landet man bei einem mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Wie wollen Sie das, wenn Sie das alles sofort abschaffen, im gleichen Haushaltsjahr noch gegenfinanzieren?

Weidel: Also das lässt sich ganz einfach gegenfinanzieren, dahingehend, so wie ich es gerade auch beschrieben habe, indem man bei den Ausgabenpositionen einspart. Und das geht allein schon bei den Einsparungen beim Bürgergeld für Millionen von Menschen, die nie in das Sozialsystem eingezahlt haben. Da sind Sie schon im zweistelligen Milliardenbereich, und damit ist das bereits schon gegenfinanziert, wenn man einfach seriöse Haushaltspolitik beschreibt. Und das ist richtig, wir müssen den Solidaritätszuschlag endlich abschaffen, die CO₂-Besteuerung abschaffen, dann das planwirtschaftliche EEG abschaffen. Wir müssen mit den Einkommensteuersätzen insgesamt runter, mit den Unternehmenssteuern, und vor allen Dingen auch den Einkommensteuerfreibetrag müssen wir hochsetzen, sodass Hinzuverdienstmöglichkeiten, gerade in den niedrigen Einkommensklassen, sich wieder lohnen. Denn gerade das ist in Deutschland das Problem, und das ist auch der Grund, warum wir so eine hohe Arbeitslosigkeit bzw. Fachkräftemangel im niederen Dienstleistungssektor haben, weil das Bürgergeld konkurrenziert genau mit diesen Einkommensklassen. Das heißt, dass teilweise die Leute sich dafür entscheiden, ach, dann beziehe ich doch lieber Bürgergeld, als dass ich arbeiten gehe. Dann kriege ich nachher viel mehr raus. Und da fängt das an. Und das ist ein riesiges Problem.

Lindner: Frau Weidel, zum Thema Bürgergeld, wenn man sich die Haushaltszahlen anschaut für den Haushalt 2024, sind es 26,5 Milliarden Euro, die ausgegeben werden für das Bürgergeld. Sie kommen damit noch nicht einmal in die Nähe dessen, was Sie an Steuern reduzieren wollen, aber es gibt ja ein paar Vorschläge Ihrer Partei zum Thema Bürgergeld, eben in diesem Leitantrag für den Parteitag.

Weidel: Aktivierende Grundsicherung heißt das, genau, das ist das, was die CDU im übrigen kopiert hat.

Lindner: Und Sie haben da tatsächlich einen interessanten Vorschlag gemacht zum Thema Bürgergeld. Sie haben nämlich gesagt, wir wollen am Ende diejenigen, die Bürgergeld bekommen, biometrisch erfassen mit einer Identitätsfeststellung. Wie muss ich mir das dann ganz konkret vorstellen, Frau Weidel? Gibt es dann Iris-Scans im Jobcenter? Gibt es Fingerabdrücke, die abgegeben werden möchten? Was konkret haben Sie da vor?

Weidel: Also erst einmal ist es recht einfach, denjenigen kein Bürgergeld auszuzahlen, die nie in das Sozialsystem eingezahlt haben, also eben von Geld auf Sachleistung umzustellen. Warum? Aus einem ganz einfachen Grund, das Sozialsystem ist sonst nicht mehr tragfähig, und das sehen Sie überall auch jetzt, wo die Sozialsysteme kippen, Stichworte gesetzliche Krankenversicherung. Hier wurden Kosten übertragen auf die zahlende Bevölkerung und vor allen Dingen auch überwältigt, was so eigentlich gar nicht sein kann. Unser Vorschlag läuft darauf hinaus, dass es Mehrfachregistrierungen gibt. Dadurch, dass Menschen zu uns gekommen sind, andere würden sagen, wir haben Menschen geschenkt bekommen, die vorher ihre Pässe weggeworfen haben, Mehrfachidentitäten anmelden seit 2015, Anis Amri, der Terrorist von dem Weihnachtsmarkt hier in Berlin, der Menschen getötet hat, hatte 14 Identitäten. Ich glaube, 13 oder 14, lassen Sie es 12 sein.

Lindner: Aber trotzdem einmal zurück zu Ihrem Bürgergeldvorschlag. Ist das etwas, was Sie regelhaft dann im Bürgergeld in den Jobcentern einführen?

Weidel: Das ist es ja gerade.

Lindner: Um zu verstehen, wo es hingehet mit der AfD.

Weidel: Richtig, genau, Deutschland ist ein Staat, der sich von einer regelbasierten Einwanderung verabschiedet hat. Was wir haben, ist migrantisches Chaos, dass die Menschen nicht einmal registriert wurden und wir Mehrfachauszahlungen, Mehrfachidentitäten einfach zulassen. Und genau das muss geordnet werden, und darauf läuft das Ganze hinaus. Und Menschen, die zu uns gekommen sind, die nie in das Sozialsystem eingezahlt haben, dürften überhaupt gar keinen Anspruch auf Bürgergeld oder Sozialsystemleistungen haben.

Lindner: Ja, Sie haben jetzt sehr lange über Migration gesprochen. Trotzdem, wird es dann eine regelhafte Einrichtung Ihrer Ansicht nach in den Jobcentern?

Weidel: Sie haben mich danach gefragt im Übrigen.

Lindner: Ja, ja, und ich versuche gerade herauszufinden, ob das eine regelhafte Einrichtung wird, sobald jemand seinen Bürgergeldantrag einreicht.

Weidel: Ich habe Ihnen darauf eine Antwort gegeben. Wovon sie wegkommen müssen, ist das Chaos von Mehrfachidentitäten von ausländischen Staatsbürgern...

Lindner: Lassen Sie uns noch ein bisschen beim Wirtschaftsthema bleiben. Das, was uns auch in der nächsten Legislaturperiode grundlegend beschäftigen wird, ist die Frage nach der Schuldenbremse. Ich habe eben die OECD angesprochen, die sich durchaus für eine Reform dieser Schuldenbremse ausspricht, um Wachstum, Investitionen anzureizen. Wie positioniert sich die AfD? Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode möglicherweise Ansprechpartner für Reformbestrebungen sein?

Weidel: Die Schuldenbremse ist einzuhalten, weil die Schuldenbremse induziert, dass der Staat bei einer gewissen Sparsamkeit bleibt. Das Problem, was wir grundsätzlich haben, dass wir zu viel Staat haben, zu viele Freiheitseinschränkungen der Unternehmer haben, der Bürger, indem ihm erst einmal die Hälfte des Einkommens abgenommen wird, das ist deutlich zu hoch, die Unternehmer asymmetrisch hoch besteuert werden. Vielleicht ein Beispiel, was ich Ihnen nennen möchte, noch einmal die CO₂-Abgabe, die wird nur in Deutschland erhoben.

Lindner: Es gibt auch einen europäischen Emissionshandel. Also dieses System gibt es noch dazu.

Weidel: Nein, nein, also die CO₂-Abgabe gilt für deutsche Unternehmen, die zusätzlich diese Steuern zahlen müssen und noch einmal zusätzlich die Energiesteuern und dann noch einmal zusätzlich hohe Energiepreise. Und das muss einmal klar sein, dass wir politikinduziert, politikverursacht uns aus dem internationalen Wettbewerb verabschiedet haben. Und in letzter Konsequenz heißt das, dass die Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren, weil die Unternehmen entweder pleitegehen oder ins Ausland. Und das ist ein Drama, dass das auch politikseitig nicht verstanden wird. Und warum wird das nicht verstanden? Weil die Entscheidungsträger das auch gar nicht können, weil sie den wirtschaftspolitischen Background nicht haben, irrigerweise, das muss man auch ganz klar sagen. Wie kann jemand, der null wirtschaftspolitisches Sachverständnis hat, in Deutschland Wirtschafts- und Energieminister werden wie ein Robert Habeck? Und wie kann ein Merz, der einen Regierungsanspruch hat, als Kanzler nicht ausschließen, dass er mit Robert Habeck, der dieses ganze Chaos hier verursacht hat, nicht mit in eine Koalition nimmt? Das ist für mich nicht klar.

Lindner: Ja, lassen Sie uns zurückgehen zu den Programmfragen, auch zu den großen Fragen, die im Moment diskutiert werden. Zu den großen Fragen dieser Zeit gehört auch die Sicherheits- und die Verteidigungspolitik. Wenn man sich die Programmatik der AfD anschaut, sieht man da einen großen Spagat und eine große Spreizung, Stichpunkt ist die Wehrpflicht. Im Grundsatzprogramm wird es als Regelfall für junge Männer beschrieben. Im Bundestagswahlprogramm 2021 ist es

noch drin. Wenn man jetzt in diesem Leitantrag blättert, fehlt dieses Wort. Ist das ein Fehler Ihrer Ansicht nach?

Weidel: Das ist in dem Leitantrag erst einmal drin.

Lindner: Nein, nein, es ist ja nicht drin, das ist es ja.

Weidel: Ja, Moment, unsere Positionierung, stimmt, da haben Sie recht, die Wehrpflicht ist im Leitantrag nicht drin. Danke für die Korrektur, aber dieser Leitantrag, der ist noch nicht verabschiedet. Das wird bei uns auf dem Bundesparteitag im Januar diskutiert. Aber Ausfluss aus dieser Diskussion sind eben diese Bedenken, dass deutsche Soldaten, die dann wehrverpflichtet würden, in die Ukraine geschickt würden und dementsprechend Deutschland als Kriegspartei manifestieren würden. Ich glaube, dass man durchaus die Wehrpflicht verargumentieren kann. Ich bin für eine Wehrpflicht, ich bin es immer gewesen, aber dann eben mit der Einschränkung, dass keine deutschen Soldaten in die Ukraine geschickt werden, damit Deutschland eben nicht Kriegspartei wird. Das kann man sehr gut verargumentieren, aber man muss natürlich auch berücksichtigen, dass die Angst berechtigterweise sehr, sehr groß ist bei dieser gesamten Diskussion um Taurus beispielsweise. Friedrich Merz möchte Taurus an die Ukraine liefern, würde uns zur direkten Kriegspartei machen, uns einer unglaublichen Kriegsgefahr aussetzen, denn der Unterschied von Taurus zu beispielsweise den amerikanischen oder britischen Mittelstreckenraketen ist, dass Taurus eine 200 Kilometer weitere Reichweite hat, Moskau erreichen würde und dazu deutsches Know-how in Form von Soldaten erforderlich wäre, also deutsche Soldaten in der Ukraine, die Taurus abfeuern. Das wäre, das ist wichtig, Frau Lindner.

Lindner: Ich möchte zurück zu Ihrer Partei kommen, weil darum geht es jetzt konkret, weil Sie als Kanzlerkandidaten dieses Programm vertreten müssen.

Weidel: Genau, das würde dazu führen, dass deutsche Soldaten eine deutsche Rakete auf Moskau abfeuern könnten. Und das ist die rote Linie der Russen. Das muss man ganz klar sagen. Dementsprechend ist die Forderung von Merz/Habeck absolut unseriös. Und darum sagen wir, keine deutschen Soldaten in der Ukraine, kein Taurus, im Übrigen auch keine finanziellen Hilfe mehr für die Ukraine, um uns nicht weiter hier zu beteiligen. Und das, was ich gerade beschrieben habe, ist eben das Ergebnis aus der internen Diskussion, dass man sich entschieden hat, für diesen Zeitraum die Wehrpflicht nicht weiter zu thematisieren.

Lindner: Also das heißt, dann, wenn es ernst wird, zieht die AfD zurück und vernachlässigt das, was eigentlich die DNA Ihrer Partei ist?

Weidel: Nein, das tut sie nicht. Ich wollte Ihnen einfach nur erklären, dass bei uns rege diskutiert wird, so wie es in anderen Parteien eben nicht der Fall ist, dass der

Programmprozess noch nicht abgeschlossen ist und der Bundesparteitag in rund fünf Wochen, vier, fünf Wochen dies entscheiden wird.

Lindner: Werden Sie einen Änderungsantrag stellen, ja oder nein, für die Wehrpflicht?

Weidel: Ich werde diesen Änderungsantrag, der gestellt wird, auch unterstützen, das ist richtig.

Lindner: Sehen Sie denn in Russland eine Sicherheitsgefahr für Deutschland, für die Europäische Union, ja oder nein?

Weidel: Ich sehe eine Sicherheitsgefahr für Deutschland innerhalb der deutschen Bundesregierung als auch vor allen Dingen unter einer Merz-Regierung, weil Merz für die Lieferung von Taurus ist. Merz möchte ein Kriegskanzler werden, und dementsprechend kann ich nur empfehlen, die AfD zu wählen, um diesen Irrsinn zu verhindern.

Lindner: Sie haben davon gesprochen, als Sie über Migration und auch Asyl- und Fluchtbewegung gesprochen haben, dass Deutschland die Grenzen lückenlos schließen soll. Das haben Sie im Bundestag gesagt. Wie genau muss man sich das vorstellen? Werden Sie Zäune bauen? Werden Sie Mauern bauen an deutschen Grenzen?

Weidel: Das würde ich der Bundespolizei und denjenigen überlassen, die dafür zuständig sind. Das kann man machen. Man kann die Grenzen sichern. Das können andere Staaten auch, und dementsprechend sollte das auch umgesetzt werden.

Lindner: Wie viele zusätzliche Bundespolizisten und -polizistinnen brauchen Sie dafür? In Ihrem Leitantrag findet sich dazu nichts, wie Sie diese Forderung unterlegen wollen.

Weidel: Das kann am besten die Bundespolizei sagen, die ja solche Pläne auch vorliegen hat.

Lindner: Frau Weidel, lassen Sie uns noch einmal auf Ihre Partei schauen. Es gab in dieser Woche eine bemerkenswerte Entwicklung innerparteilich. Sie wollen die Junge Alternative, Ihre Jugendorganisation, abgliedern. Die Junge Alternative ist bislang ein Verein, und sie soll als Jugendorganisation in die Partei eingegliedert werden. Das setzt ja voraus, wenn Sie das jetzt mitten im Wahlkampf machen, dass da ein großer Handlungsdruck bei Ihnen vorgeherrscht hat. Wie groß war denn die Sorge, dass die AfD-Jugend am Ende verboten wird durch ein Vereinsverbot?

Weidel: Der Reorganisationsprozess wurde bereits vor zwei, drei Jahren angestoßen. Es ist wichtig, dass die Junge Alternative in der jetzigen Form selbst sich von innen heraus reformiert. Darum war es dem Parteivorstand, dass die Initiative von unserer Jugendorganisation kommt, die eben diesen

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Satzungsänderungsantrag abgestimmt zum Bundesparteitag einbringt, den wir dann dort diskutieren. Es ist wichtig, es ist tatsächlich sehr wichtig, dass, wenn man Mitglied der Jugendorganisation ist, auch zeitgleich AfD-Mitglied ist. Das war uns wichtig, das ist die Neuerung, denn momentan haben wir die Situation, dass wir Mitglieder der JA haben, die nicht AfD-Mitglied sind.

Lindner: Wie viele sind es denn? Können Sie das einmal beschreiben, wie hoch der Anteil ist?

Weidel: Das liegt im vierstelligen Bereich, im niedrigen vierstelligen Bereich. Das sind so 1.000, 1.500 Mitglieder, und das wollen wir ändern, und ich glaube, dieser Schritt ist auch längst überfällig.

Lindner: Sie haben gesagt, Sie wollen das mit Ihrer Jugendorganisation gemeinsam ändern.

Weidel: Richtig.

Lindner: Mittlerweile ist es so, dass sich dort harter Widerstand formiert. Es gab ein sogenanntes Konvent der Jungen Alternative in dieser Woche. Da wurde gesagt, wir wollen den Satzungsentwurf der Parteiführung komplett ablehnen. Befinden Sie sich mittlerweile in einer offenen Feldschlacht mit Ihrer eigenen Parteijugend?

Weidel: Also das ist der Satzungsentwurf der JA selbst, der Führung der JA, und nicht des Parteivorstandes. Es wird heute auch diskutiert. Heute werden wir im Bundesvorstand als auch mit den Landessprechern zusammenkommen, da ist genau auch das Thema. Und dementsprechend blicke ich dem zuversichtlich entgegen. Grundrauschen bei Veränderungen haben Sie immer, und das kann man auch verstehen. Also möglicherweise wird dann an der einen oder anderen Stelle noch nachgebessert, aber grundsätzlich sind wir auf einem sehr guten Weg für den Bundesparteitag.

Lindner: Was passiert denn eigentlich, wenn sich die Junge Alternative, die als gesichert rechtsextreme Bestrebung gilt, nicht selbst auflöst? Sie muss ja am Ende den eigenen Entschluss treffen mit 90 Prozent Ihrer Mitglieder, sich selber aufzulösen. Es gibt jetzt schon Bestrebungen, unter anderem von Martin Sellner, dem österreichischen identitären Aktivist, diesen möglicherweise verbleibenden Verein dann für eigene Zwecke zu nutzen. Also Sie hätten es dann mit einem Geisterverein zu tun.

Weidel: Also ich halte von dem Label, gesichert rechtsextrem, überhaupt nichts. Das ist eine Beschreibung einer abhängigen Behörde, nämlich des Verfassungsschutzes, der keine andere Aufgabe hat, als die Alternative für Deutschland zu diskreditieren und im Parteienwettbewerb zu benachteiligen. Dazu zur Erinnerung, im Grundgesetz ist der Parteienwettbewerb und die Gleichbehandlung der Parteien festgeschrieben.

Lindner: Gut, die Junge Alternative ist ein Verein. Also das würde das dann nicht treffen.

Weidel: Ja, aber ich möchte grundsätzlich die Dynamik beschreiben, weil Sie ja auch hier jetzt wiederholt haben, gesichert rechtsextrem, dass es von einer abhängigen Behörde kommt und dass der Behördenchef und die Behördenchefs, wir haben ja auch Landesverfassungsschutzämter, alle ein Parteibuch haben und dann eben an die Innenministerien, die ebenfalls ein Parteibuch haben, berichten und dementsprechend strukturell die Alternative für Deutschland hier im Parteienwettbewerb benachteiligt wird, was selbst verfassungswidrig ist.

Lindner: Gut, es haben verschiedene Gerichte dann auch die Entscheidung des Verfassungsschutzes überprüft und auch bestätigt. Frau Weidel, ich möchte mit Ihnen noch auf den Wahlkampf schauen.

Weidel: Da sind wir auch in Revision gegangen. Es läuft ja alles noch, diese Urteile sind ja nicht rechtskräftig.

Lindner: Das stimmt, aber der Prozess läuft, und bislang ist es auch so, dass die AfD da wenig Erfolg vor Gericht hatte.

Weidel: Schauen Sie in unser Programm, also unbedingt unser Programm. In unserem Programm werden Sie feststellen, dass wir konservativ-freiheitliche Positionen vertreten. Und wenn wir schon bei Extremismus sind, sollte unbedingt die Frage gestellt werden, wie extremistisch es ist, sich über geltendes Recht hinweggesetzt zu haben, wie Angela Merkel bei der Grenzöffnung, sodass wir von Illegalen überrannt werden. Das ist Extremismus pur, ein Verstoß gegen das Grundgesetz, Asylgesetz und internationale Gesetze, das ist Extremismus.

Lindner: An der Stelle ist auch dieses Wort Grenzöffnung nicht korrekt. Es war eine andere Situation.

Weidel: Es sind Gesetzesverstöße und extremistisch.

Lindner: Ich möchte mit Ihnen noch auf den Wahlkampf schauen, weil das, was man von AfD-Seite erwarten wird, ist eine sehr starke Online-Orientierung im Wahlkampf. Sie haben jetzt eine Agentur engagiert, Tannwald, die mit verantwortlich ist für ein Video, was im Brandenburger Wahlkampf für sehr viel Aufsehen, auch für sehr viel Kritik gesorgt hat. Das ist der sogenannte Abschiebesong, ein Party Hit umgedichtet, sozusagen in Bezug auf Abschiebung, die man gerne durchführen möchte. Werden Sie denn diese Inhalte, KI-generierte Inhalte, in Ihrem Wahlkampf deutlich kennzeichnen, sodass Wähler und Wählerinnen da eine Transparenz haben, mit was sie es zu tun haben?

Weidel: Also wir haben verschiedene Agenturen, die für uns arbeiten, und es ist korrekt, dass wir uns für den Online-Wahlkampf teilweise für Tannwald entschieden

haben. Das ist ja auch schon presseöffentlich geworden. Ich habe damit überhaupt gar kein Problem. Bei der Vorstellung von Tannwald fand ich die Konzeption sehr, sehr gut. Und natürlich kennzeichnen wir KI-generierte Videos oder auch Inhalte. Ich würde das auch von anderen hoffen, dass sie das dementsprechend kennzeichnen, aber man muss natürlich auch fallweise unterscheiden, inwiefern man mit KI arbeitet. Ich bin ein großer Fan von den Originalen, und dementsprechend müssen wir uns das anschauen.

Lindner: Frau Weidel, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Weidel: Danke schön, Frau Lindner.